

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS**  
**– Drucksache 13/7910 –**

**Mögliche Verbindungen türkischer Amtsträgerinnen und Amtsträger zum Drogenhandel**

In einem Urteil der 17. Strafkammer des Landgerichts (LG) Frankfurt/M. vom 21. Januar 1997 heißt es: „Aufgrund umfangreicher polizeilicher Ermittlungen liegt der illegale Drogenhandel in der Türkei in den Händen der Familien Senoglu und Baybasin. Sie versorgen von Istanbul aus den europäischen Drogenmarkt vornehmlich mit Heroin. Beiden Rauschgift-händlerfamilien wird großer Einfluß sowohl auf türkische Regierungskreise bis hin zu der türkischen Außenministerin Tansu Ciller als auch auf die kommunistische PKK zugeschrieben.“

Die Europol-Drogenbekämpfungsbehörde (EDU) hat sich mehrfach mit dem Einfluß türkischer Familien auf den illegalen Handel mit harten Drogen beschäftigt:

- So wurde am 12. Dezember 1995 in Madrid der Aktionsplan „COR-DROGUE 69“ verabschiedet und als Ergebnis wurde in Zusammenarbeit mit Interpol und der Welt-Zoll-Vereinigung (WCO) der Entwurf einer strategischen Analyse „Drug Trafficking Activities by Turkish Criminal Organisation from an EU Perspective“ erarbeitet (EDU-Jahresbericht 1996, S. 6 [File Nr. 1423–11r2]).
- Die EDU traf sich diesbezüglich auch am 14. März 1996. Hierbei wurde zweierlei beschlossen:
  - die Durchführung eines zweitägigen Expertentreffens über „Drogenhandel türkischer krimineller Vereinigungen“ in der ersten Jahreshälfte 1997 (vgl. EDU-Arbeitsplan 1997, S. 7 [File Nr. 1422–13r2]);
  - ein zu entwickelndes „operationelles Projekt“ über „Aktivitäten türkischer krimineller Familien im Bereich des Drogenhandels“. Ziel dieses Projektes sei es, eine „spezifische Gruppe zu identifizieren“, auf die sich die Aktivitäten der EDU konzentrieren sollten (ebd. S. 3). Diese Arbeiten zu diesem „operationellen Projekt“ sollen von einem EU-Mitgliedstaat geführt und von den anderen Mitgliedstaaten unterstützt werden.

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 30. Juni 1997 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, das Bundeskriminalamt (BKA) bzw. der Bundesnachrichtendienst über kriminelle Aktivitäten türkischer Familien im Bereich des internationalen Drogenhandels im allgemeinen und der beiden türkischen Familien Senoglu (Canoglu) und Baybasin im besonderen?

Die Türkei spielt nach Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes eine wesentliche Rolle beim Heroinschmuggel aus Südwestasien in die Verbraucherregionen Westeuropas. Es sind vor allem türkische Heroinhändlergruppierungen (Großfamilien), die den Heroinhandel und -schmuggel nach Westeuropa organisiert betreiben und sich durch ein starkes Abschottungsprinzip auszeichnen.

Hinsichtlich der beiden genannten Familien wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Amke Dietert-Scheuer, Cem Özdemir und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28. April 1997 hingewiesen (Drucksache 13/7563).

2. Welche staatlichen Funktionen übten oder üben direkte oder angeheiratete Mitglieder der beiden türkischen Familien Senoglu (Canoglu) und Baybasin – nach Kenntnis der Bundesregierung – seit dem Putsch 1980 in der Türkei aus?

Darüber liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

3. Welche konkretisierten Formen des Einflusses auf türkische Politikerinnen und Politiker bzw. auf türkische Regierungskreise wird nach den Erkenntnissen der Bundesregierung den beiden Familien in dem Urteil des Frankfurter LG zugeschrieben?

Die Bundesregierung nimmt zu Äußerungen außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs keine Stellung.

- a) Welche deutschen Polizeibehörden waren nach Kenntnis der Bundesregierung an den „umfangreichen Ermittlungen“ beteiligt, auf die sich das Frankfurter LG stützt?

Waren hieran auch das BKA, die Verbindungsbeamten des BKA in der Türkei und/oder die EDU beteiligt?

Wenn nein, warum nicht?

Das Zollfahndungsamt Frankfurt/M. hat für einen Teilbereich aufgrund einer Sicherstellung von Rauschgift auf dem Flughafen Frankfurt/M. Ermittlungen geführt. Das Bundeskriminalamt war in die Ermittlungen selbst nicht eingebunden und fungierte lediglich als Zentralstelle im Rahmen des internationalen Nachrichtenaustauschs. Die deutschen Verbindungsbeamten in der Türkei waren am Schriftverkehr beteiligt.

Zur Einbindung der Europol-Drogenstelle (EDS) liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Die Verbindungsbeamten des Bundeskriminalamts und des Zollkriminalamts bei der EDS waren nicht involviert.

- b) Treffen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die o. g. tatsächlichen Feststellungen des Frankfurter LG zu, und wenn nein, welche anderen diesbezüglichen Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung?

Außer den in der Presse erhobenen Behauptungen und Vorwürfen hat die Bundesregierung keine eigenen Anhaltspunkte für eine Beteiligung/Verwicklung türkischer Regierungskreise an illegalen Drogengeschäften.

4. Wann ist die von der EDU, Interpol und der WCO erarbeitete strategische Analyse „Drug Trafficking Activities by Turkish Criminal Organisations from an EU Perspective“ fertiggestellt worden?

Die EDS-Analyse ist im November 1996 fertiggestellt worden.

- a) Waren deutsche Behörden an diesen Arbeiten beteiligt?  
Wenn ja, welche deutschen Behörden in welcher Weise?

Das Bundeskriminalamt und das Zollkriminalamt waren an den von der EDS in diesem Zusammenhang einberufenen Treffen beteiligt und haben darüber hinaus einen von der EDS im Rahmen der Analyse verfaßten Situationsbericht über die Lage in den Mitgliedsländern für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bewertet.

- b) Ist diese Analyse dem Deutschen Bundestag zur Kenntnis gebracht worden und wenn nein, warum nicht?

Diese Analyse der EDS ist kein offizielles Ratsdokument und daher als solches auch nicht veröffentlicht worden. Es handelt sich vielmehr um ein internes Papier der EDS, das lediglich als Arbeitsunterlage dient.

- c) Welche Feststellungen sind in dieser strategischen Analyse bezüglich türkischer Familien (z. B. der beiden türkischen Familien Senoglu [Canoglu] und Baybasin) sowie im Hinblick auf deren formellen, (oder informellen) Einfluß auf türkische Politikerinnen und Politiker bzw. türkische Regierungskreise getroffen worden?

Der deutsche Beitrag (siehe Antwort zu Frage 4. a)) enthält keine entsprechenden Feststellungen. Im übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 5. b) bis 6. b) verwiesen.

5. Hat das Treffen der EDU über „Drogenhandel türkischer krimineller Vereinigungen“ stattgefunden?

Sowohl am 4. März 1997 als auch am 27. Mai 1997 fanden entsprechende Treffen bei der EDS statt.

- a) Welche deutschen und nichtdeutschen Expertinnen und Experten aus welchen Bereichen bzw. Behörden wurden nach Kenntnis der Bundesregierung hierzu eingeladen (bitte aufschlüsseln)?

Die Bundesregierung war durch einen Vertreter des Bundeskriminalamts und des Zollkriminalamts vertreten.

- b) Welche Erkenntnisse bezüglich türkischer Familien (z. B. der beiden türkischen Familien Senoglu und Baybasin) sowie im Hinblick auf deren formellen (oder informellen) Einfluß auf türkische Politikerinnen und Politiker bzw. türkische Regierungskreise wurden hierbei zusammengetragen?
6. Hat die EDU mit den Arbeiten zu ihrem „operationellen Projekt“ über „Aktivitäten türkischer krimineller Familien im Bereich des Drogenhandels“ begonnen?
- a) Welcher EU-Mitgliedstaat soll die Projektarbeiten der EDU führen?
- b) Ist die mögliche formelle (oder auch nur informelle) Einflußnahme dieser „türkischen kriminellen Familien“ auf türkische Politikerinnen und Politiker bzw. türkische Regierungskreise ebenfalls Teil des operationellen EDU-Projekts, und wenn nein, warum nicht?

Die Fragen richten sich an EDS. Die Bundesregierung hat eine Beantwortung durch EDS eingeleitet und wird hierzu nachberichten.

- c) Werden die Ergebnisse des operationellen EDU-Projekts den Mitgliedern des Bundestags zur Kenntnis gebracht werden, und wenn nein, warum nicht?

Über die Behandlung der Ergebnisse des Projektes wird nach deren Vorlage zu entscheiden sein.